

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 33. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Regelungsgesetze: Die im Reichsgesetzblatt... (Text continues with legal notices)

Nr. 102

Freitag, den 3. Mai 1918

13. Jahrgang

Große Getreidesendungen aus der Ukraine unterwegs.

Die Abmachungen mit der Ukraine. / Die letzten Vorgänge in der Ukraine vor dem Reichstagsausbruch. / Englische Erkenntnis der Niederlage im Westen. / Französische Friedensströmungen. / Keine deutschen Truppen im Westen erkranken. / Der Frieden mit Rumänien. / Heranbildung einer russischen Armee. / Neue Unruhen in Holland. / Das Wahlrecht in Preußen. / Möglichkeit der Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Die Riesen Schlacht im Westen.

Der gestrige Abendbericht der Heeresleitung lautet:

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues

Die Fernbeschießung von Paris.

Die Agence Havas meldet: Das große Geschütz hat die Gegend von Paris wieder beschossen. Drei Frauen wurden leicht verwundet.

Beschleunigter Ausbau des englischen rückwärtigen Stinien.
Die „Basler Nachr.“ melden: Die Engländer bauen mit Beschleunigung ihre rückwärtige Stellung zur Verteidigung aus. Deutsche Truppen stehen bereits hinter der ausgebauten Dauerstellung, die sich vom Ostrand des Kemmel in Richtung nach Norden zieht. Eine starke Befestigungslinie der Engländer mit Front gegen Süden zieht sich etwa 15 Kilometer von der Küste entfernt, von Handshoote ausgehend, um Dänkirchen herum. An dieser bis jetzt noch nicht vollkommen ausgebauten Stellung arbeiten die Engländer mit ganzer Kraft.

Den „Basler Nachr.“ zufolge steht das Gelände westlich und südwestlich der Stadtrinne von Ypern unter wirksamem deutschen Feuer der Feldartillerie. Der Raum nördlich von Ypern wird aus der Gegend östlich des Steenbaches unter Feuer genommen. Die englische Besatzung von Ypern befindet sich in kritischer Lage. Es besteht kein Zweifel mehr, daß weniger militärische als Prestige-Gründe mitspielen, daß die noch in Händen der Alliierten befindlichen Teile des Ypernbogens jetzt nicht aufgegeben werden.

Ueberschwemmungen werden angekündigt!

Bergini meldet dem „Corriere della Sera.“ für den Fall der Preisgabe des Ypern-Bogens würden Ueberschwemmungen den feindlichen Vormarsch hindern. Die Alliierten beschränken sich heute darauf, die allerwichtigsten Punkte zurückzuerobieren.

Die Amerikaner — Jinnsoldaten.

Vor den ausgebrannten Trümmern der Rathedrale von Royon halten die ersten französischen Gefangenen vom letzten Vorstoß südwestlich Royon. Nun, wo Schreien und Angst überstanden sind, wo sie sehen, daß die deutschen Soldaten sie nicht totschiessen, sondern mit ihnen plaudern, kommt ihnen die gute Laune wieder. Unaufgefordert schreien sie drauf los. Beute aus Bordeaux sind darunter. Als ein Deutscher auf die Amerikaner in Bordeaux zu sprechen kommt, verfinstert sich jedoch ihre Miene. Diese Jinnsoldaten! Während wir hier kämpfen, machen sie sich über unsere Frauen her. Dabei spielen sie die großen Herren in Bordeaux, handhaben die Polizei, gehen mit Säcken auf den Straßen, und wenn ein französischer Soldat einen Kauf hat, verhaften sie ihn!

Clemenceau Zuversicht.

Clemenceau erklärte Ausfragern, derzeit sei für Amiens, Dänkirchen und Calais nichts zu fürchten. Die Hauptangänge seien durch ausreichende Elitetruppen verteidigt. Elitetruppen haben bekanntlich auch den Kemmel verteidigt.

Friedensströmungen in Frankreich.

Die schwankende Haltung der französischen Kammerintimen in der Weisfriedensfrage ist einer entschiedenen Parteinahme für sofortige Friedensabmachungen gewichen. Sembat bringt in der „Humanité“ dieses dringende Verlangen zum Ausdruck. Fraglos würden die Mittelmächte, entsprechend ihrer vorwiegend günstigen Kriegslage, nicht den Frieden anbieten, der allen französischen Wünschen entspreche, es sei aber töricht, das Phantom der Unbrüderlichkeit der gegnerischen Streitkräfte ernst zu nehmen, eine Strategie der uferlosen Wünsche zu begünstigen und neue Gelatomben der Tapferen nutzlos zu opfern.

Dämmende Einsicht der Entente.

Die Kommentare der englischen Presse lassen erkennen, daß die Ueberzeugung, die Entente könne den Krieg militärisch nicht mehr gewinnen, immer tiefer Wurzel faßt. Schon jetzt wird die Möglichkeit angedeutet, daß Großbritanniens durch die Ereignisse veranlaßt werden könnte, den Krieg abzubauen und seine Feldarmee vor der Aufstellung dadurch zu bewahren, daß die rechtzeitig zurückgenommene Divisionen nach England oder Südrussland entsandt werden. Wie intensiv man sich jenseits des Kanals bereits mit diesem Gedanken befaßt, geht daraus hervor, daß die Schwierigkeiten eines derartigen Wanders unter dem Hinweis auf die Dardanellen-Aktion als nicht unüber-

Der heutige amtliche Kriegsbericht

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 3. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.
An den Schlachtfrenten lebte der Artilleriekampf in einzelnen Abschnitten auf.
Starker Feuerkampf folgten einzelne Zeilangriffe (Abwehr) von Willers-Bestonens und auf dem Westufer der Mure. Im Gegenstoß machten wir Gefangene. Im übrigen beschränkte sich die Infanterie auf Erdungen.
An der britischen Front hielt reger Tätigkeit des Feindes an.

Osten.

Kauf des Rins Jekaterinoslaw-Quartier sind wir in den Donetz-Gebiet einmarschiert.
Am Kowischen Meer haben wir Loganzel besetzt.
Der Chef des Generalquartiermeisters Endeavour.

19000 Tonnen versenkt!

(Amtlich.) Berlin, 2. Mai. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden wieder 19000 Tst. feindlichen Schiffsräume vernichtet. 2 Dampfer wurden im Kermel-Kanal aus stark gesicherter Geleitzügen herausgeschossen. Ramentlich festgestellt wurden der englische Dampfer Knight Templar (7175 Tst.) und der englische Kooshooner Wilson.
Der Chef des Admiralstabes des Marins.
Die englischen Opfer der U-Boote.
Amsterdam, 2. Mai. Wie ein fließendes Blatt aus London erzählt, teilte der Vorsitzende des Bundes der Matrosen und Heizer mit, daß durch den U-Bootkrieg seit August 1914 ungefähr 15000 englische Seeleute umgekommen seien.

amtlich bezeichnet werden. Die sich in der gleichen Richtung bewegenden Ausstellungen der „Daily Mail“, die für die Beschränkung des Kampfes auf den Seekrieg eintreten, bilden im schlagenden Beweis dafür, daß in England sich ein Stimmungsumschwung vollzieht, der — den Verhältnissen Rechnung tragend — geeignet ist, den Ausbruch des Kampfes zwischen Deutschland und England auf eine wesentlich veränderte Grundlage zu stellen.

Die Vorgänge in der Ukraine.

Erörterung im Hauptauschuß des Reichstages.
Im Hauptauschuß des Reichstages brachte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung Wg. Ebert (Soz.) die gemeldeten Vorgänge in Kiew zur Sprache. Die amtliche Meldung über die Verhaftung von Mitgliedern der ukrainischen Regierung und Androhung von scharfen Strafen durch Generalfeldmarschall von Eichhorn habe auf äußerste Aberrast. Er bitte den Ausschuß, seinen Antrag zu unterstützen, den Reichstagsler zu ersuchen, eine sachgemäße Darstellung der Verhältnisse in Kiew und der Ukraine zu geben. Demgemäß wurde beschlossen und der Vorsitzende beauftragt, sich diesbezüglich mit dem Reichstagsler in Verbindung zu setzen.

Unterstaatssekretär Braun über die Zustände in der Ukraine.

Im Ausschuß des Reichstages für Ernährungstragen sprach Unterstaatssekretär Braun die Verhältnisse der Ukraine:
Die Ukraine könne im laufenden Getreidejahr nach dem übereinstimmenden Urteil von Kennern des Landes 1 Million Tonnen Getreide abgeben. In letzter Zeit seien täglich etwa 200 Waggon ausgeführt worden. Wegen der unsicheren Lage des Landes und der Verkehrsschwierigkeiten seien sowohl die deutschen Kommissäre wie auch die Händler unter militärischen Schutz gestellt worden. Seiner Höhe die Kohleversorgung nach in den Händen der Bolschewiki. Der monatliche Kohlenbedarf der Eisenbahnen belaufe sich auf 115000 Tonnen; er müsse meist aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn gedeckt werden. Trotzdem sei Sorge zu treffen, daß die Transportverhältnisse programmäßig überwinden werden können.

Die Zahlungsverhältnisse in der Ukraine seien in einer geradezu unglaublichen Verfassung: Von Deutschland würden Reichsschatzschekine im Umlauf hergestellt, um die Geldnot zu beheben. Der Einfluß der neuesten politischen Ereignisse in Kiew sei schwer zu beurteilen, eine Verschlechterung der Zustände sei kaum zu erwarten. Die Regierung habe eine gesetzliche Regelung der Landfrage verabsäumt. Infolgedessen habe die Frühjahrsernte in empfindlich gelitten, und zwar bis zu 50 Prozent. Auch bestehe in der Ukraine eine starke Bewegung, lieber an Großrußland als an die Mittelmächte zu liefern. Trotz aller Schwierigkeiten sei die Durchführung der Verträge zu ermöglichen, allerdings nur dann, wenn ein harter militärischer Druck nachhilfe.

Beträchtliche Getreidemengen unterwegs!

Die Mittelmächte haben in den letzten Tagen mit der Regierung der Ukraine Verträge über die Lieferung von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln und Säen, ferner von Eiern und Schlachtvieh abgeschlossen. Die von der ukrainischen Regierung und den Mittelmächten in der Ukraine für die Ausbringung und den Transport geschaffene Organisation beginnt bereits zu arbeiten. Nach telegraphischen Meldungen aus Kiew sind in den letzten Tagen des April in ukrainischen Veranlassung etwa 2 Millionen Zentner Getreide und Futtermittel zur Verfügung der Mittelmächte gestellt worden. Nicht unerhebliche Mengen haben bereits die Grenze passiert. In den letzten Tagen sind etwa 1200 Waggon Lebensmittel aller Art über die so genannte trodene Grenze zu den Mittelmächten herangekommen. Von den ersten Lieferungen wird mit Rücksicht auf die kurzzeit in Oesterreich bescheidenen Umkehrschwierigkeiten der größere Teil Oesterreich gelassen werden, denn da die ungarische Ernte erheblich früher herangebracht wird als die deutsche, somit Oesterreich-Ungarn schon in einigen Wochen sich selbst helfen kann, haben sich die Mittelmächte untereinander dahin geeinigt, die ersten Anläufe zum größeren Teil Oesterreich-Ungarn zu belassen, während dafür im Juni und Juli der größere Teil nach Deutschland kommt. Aber auch von den ersten Lieferungen sind bereits Sendungen über die Landesgrenze nach Deutschland unterwegs. Insbesondere werden die über das Schwarze Meer in Braila eintreffenden Ladungen von Getreide und anderen Lebensmitteln bis auf weiteres ausschließlich Deutschland zugeführt werden. Inzwischen sind in Braila bereits 20000 Zentner Getreide eingetroffen, die mit der Eisenbahn nach Deutschland unterwegs sind.

Es zeigt sich also, daß die von den Mittelmächten für die Versorgung aus der Ukraine getroffenen Einrichtungen anfangen, zu arbeiten. Es ist zu hoffen, daß aus dieser Quelle bald größere Mengen von Lebensmitteln in Deutschland eintreffen werden. Ob diese Hoffnung sich erfüllt, hängt in erster Linie davon ab, wie sich die politischen Verhältnisse in der Ukraine gestalten und ob es gelingt, die äußerst schwierigen Fragen der Finanzierung unserer Anläufe und des Transportes der großen Warenmengen befriedigend zu lösen. Die in dieser Richtung möglichen Schritte sind getan.

Der Kampf um die Dienstpflicht in Irland.

Ein Angriff gegen die englische Regierung.
Nord Gallesbury, Vorsitzender des Kriegsrateschusses der Unionistenpartei, hat in einem Schreiben an die Presse das irische Volk wegen seines Widerstandes gegen die Wehrpflicht in Irland lobend erwähnt.

die derzeit völlig unfähig für Kommerze bezeichnet. Der Schwerpunkt seines Schreibens liegt aber in scharfer Stimmungsmache gegen die Regierung. Er schreibt, es sei nicht Sache der Regierung, sondern des Parlaments und der Wählerschaft, die Frage zu entscheiden. Die Volksvertreter im Parlament dürften nicht mit verhaltenem Atem alles hinzunehmen, was die Regierung dem Volke auferlege. Eine Regierung, die so schwach sei, muß für ihre Kommerze zu gewöhnen, habe nicht die Kraft, irgend etwas durchzusetzen. Wenn dies aber so sei, welches Urteil solle das Parlament fällen? Er frage, ob die englische Arbeiterkraft so frei, die sich weigerten, an ihrer Seite zu kämpfen, eine Selbstregierung gewähren und den Nationalisten, den Bundesgenossen der deutschfreundlichen Sinnfänger zuzugeben, durch einen halben unabhängigen irischen Staat die Zukunft Englands und Schottlands unrunderbrüchlich gesichert werden solle? Wo nicht, so sollen ihre Vertreter im Parlament das Nötige tun.

Die Iren in Amerika.

„Journal“ meldet aus Washington: Einer der irischen Oppositionsführer hat um eine Audienz bei Wilson und Lansing nachgesucht, um ihnen die Gründe der irischen Opposition gegen das englische Militärgesetz darzulegen. Die Fräulein Sophie Kessington wurde von der Polizei in San Francisco verhaftet. Vorträge und Versammlungen abzuhalten. Der Vorsitzende der ersten geplanten Versammlung, der Geislige Sport, wurde verhaftet.

Japans Außenpolitik.

Erklärungen des japanischen Außenministers.

Baron Goto, der neue Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, sagte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Reuter Bureaus: In diesen Tagen sollte man nicht nach einer Erklärung eines Staatssekretärs einer Nation verlangen, für welche die Waffen ergriffen haben und für die wir zusammenzukommen verpflichtet sind, bis Sieg und Friede gesichert sind. Trotdem erkenne ich an, wie wichtig es ist, gegen hinterlistige Propaganda auf der Hut zu sein und begreife die Gelegenheit, durch Reuter zu erklären, daß die Annahme völlig unbegründet ist, unsere Regierung habe eine Politik geändert oder sei ihren Verpflichtungen minder treu, weil einzig infolge der besagten Erkrankung des früheren Ministers des Äußeren ein Personenwechsel stattgefunden hat. Was die Landung weniger britischer und japanischer Seeleute in Wladiwostok anbelangt, so ist ihre Bedeutung maßlos übertrieben worden. Japan hat nicht einen Augenblick die Ausbreitung feindlicher Einflüsse in Ostibirien aus den Augen verloren, noch auch die Tatsache, daß Rußland eine Macht ist, die sich bemüht, die zeitweilig aus der Ordnung geratene Staatensichtweise wieder in Gang zu bringen. Japan muß das Wohl der Reorganisation ermutigen und unterstützen. Das sind vorzüglich verschleierte, nichts sagende Redensarten.

Das gleiche Wahlrecht in Preußen abgelehnt!

Annahme des Pluralwahlrechts.

Im Preussischen Abgeordnetenhaus wurde gestern die Wahlrechtsvorlage (Wahlberechtigung) in einfacher Abstimmung in der Kommissionsfassung angenommen. Damit ist der Antrag Brauns (Soz.), wonach die Wahlberechtigung mit dem vollendeten 20. Lebensjahre ohne Unterschied des Geschlechts beginnt, abgelehnt, ebenso der Antrag Kronsohn (f. Wp.), wonach die Bestimmung über die dreijährige Staatsangehörigkeit gestrichen werden soll.

§ 2 (Ausschluß von der Wahlberechtigung) stand nicht zur Debatte.

Bei § 3 wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, mit 235 gegen 183 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

§ 8 der Kommissionsbeschlüsse, welcher ein Mehrstimmwahlrecht vorsieht, wurde in namentlicher Abstimmung mit 232 gegen 183 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Vorher war der Antrag Bohmann (natl.), der ein Zweistimmwahlrecht vorsieht, abgelehnt.

Die Möglichkeit der Auflösung.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, erklärte im Verlaufe der Sitzung: Die königliche Staatsregierung würde es nicht für im Interesse des Landes liegend erachten, wenn zur Auflösung geschritten würde. Bei einer Notlage kann aber der Fall eintreten, daß die Regierung auf das Recht der Auflösung nicht verzichten kann. Ob sie diesen Weg beschreiten wird oder nicht, wird die Regierung erst bei der dritten Besetzung kundgeben. Bis dahin ist noch eine Verständigung möglich auf dem Wege den der Ministerpräsident angedeutet hat. Ueber die Schwierigkeit bei den etwaigen Neuwahlen müssen wir hinwegkommen.

Neue politische Redungen.

Der Hauptauschuß des Reichstages beschloß gestern, trotz des Widerspruches des Staatssekretärs des Reichspostamts mit großer Mehrheit, den fortschrittlichen Antrag auf Aufhebung der Postfreiheit der Parteien, ihrer Beamten und Wähler soweit sie nicht durch die Staatsverträge des Norddeutschen Bundes, den Admirationen Bayerns und Württembergs für den inneren Verkehr dieser Bundesstaaten gesichert ist, anzunehmen.

Der Frieden mit Rumänien. Die „Adn. Stg.“ meldet: Nach den neuesten hier vorliegenden Meldungen aus Bukarest ist nunmehr der Weg zur Lösung derjenigen Fragen gefunden, deren Regelung bisher noch der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Wege stand. Dazu gehörte die bulgarisch-türkische Grenzfrage, die wieder mit der Dobrußa im Zusammenhang stand. Rumänien sind die Dinge so weit gediehen, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages in den nächsten Tagen erfolgen dürfte. — Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow ist nach Bukarest abgereist, um bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages persönlich zugegen zu sein.

Prinz Status in Madrid? Die „Times“ meldet: Prinz Siras von Bourbon, der Schwager des Kaisers Karl, besuchte am Montag, in Begleitung seines Bruders Kaiser den König von Spanien. Ein spanisches Blatt erzählt, daß er den König Alfons über seine Korrespondenz mit seiner badenburger Familie aufklärte. Der Prinz so wird hinzugefügt — und das sei vielleicht nicht ohne Bedeutung — fuhr aus der spanischen Hauptstadt nach der belgischen Front.

Große Kämpfe bei Jerusalem. Der türkische Generalkommandant vom 1. Mai meldet: Palästinafront: Im Jordantale und Hüteh von Jordan haben sich große Kämpfe entwickelt. Seit den frühen Morgenstunden des 30. April versuchte der Engländer mit Infanterie und Kavallerie den Durchbruch auf dem OthJordanland zu erzwingen, aber seine Angriffe scheiterten bis zur Stunde an dem tapferen Widerstand unserer Truppen, die ihre Stellungen resolut behaupteten. Im Jordantale nach Norden vorgebrungene feindliche Kavallerie ist von uns zum Kampf gestört worden. Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

England an Holland. Nach einer Neutermedung hat die englische Regierung auf die holländische Note betreffend die Beschlagnahme der niederländischen Schiffe in den alliierten Häfen eine ausführliche Antwort erteilt. Diese geht auf die zwischen Großbritannien und den Niederlanden gepflogenen Verhandlungen ein und betont, daß die von Holland an die Annahme des Vorschlages der Alliierten, Schiffe gegen Lebensmittel abzutreten, geknüpften Bedingungen einer Ablehnung gleichgekommen seien. Infolgedessen sei die Beschlagnahme der in Häfen der alliierten Regierungen liegenden Schiffe unvermeidlich geblieben. Die Niederlande hätten auch darauf gefaßt sein müssen, da der britische Gesandte im Haag dem Minister des Äußeren erklärt habe, daß andere Maßnahmen ergriffen werden müßten, falls kein Abkommen zustande käme. Die gleiche Erklärung sei von den Vereinigten Staaten abgegeben worden. Die Antwort wiederholt dann die Forderung betreffend Schadenersatz an die holländischen Reedere.

Schwere Unruhen in Holland. Die „Neue Züricher Zeitung“ erzählt aus dem Haag: In Amsterdam sind anlässlich des Ausstandes in der staatlichen Munitionsfabrik neue Unruhen ausgebrochen. Eine Person wurde getötet. Die Munitionsfabrik ist bis auf weiteres geschlossen. Die holländischen Behörden haben alle Matrumänge der Arbeiter verboten.

Die neue englische Seesperrung. Wie das Haager Korrespondenzbüro erzählt, hat die englische Regierung über die für die Schifffahrt gefährliche Zone nach dem Urteil von Sachverständigen zur Folge, daß der küstliche Eingang der Nordsee, wenn man das bereits von Deutschland gesperrte Gebiet hinzunimmt, für die neutralen Schiffe tatsächlich geschlossen ist. Die jetzt von England festgesetzte Seesperrungsebene läuft in der Tat von der Westgrenze Norwegens bis 60 Meilen östlich von den Ordneg-Inseln.

Englische Kriegsschiffverluste. Nach einer amtlichen Meldung ist das britische Annonenboot „Cowlip“ am 25. April durch Torpedobootschiff versenkt worden. Kapitän Offiziere und ein Mann werden vermisst. Das Torpedoboot Nr. 10 ist am 25. April bei Südnorwegen versenkt. Ein Offizier und 12 Mann werden vermisst.

Frankisches U-Boot gesunken. Beim Zusammenstoß eines Handelsschiffes mit dem französischen U-Boot „Dracon“ ist letzteres gesunken. Ein Teil der Besatzung ist gerettet.

Die kommunistische russische Armee. „Morween Handelblatt“ erzählt aus London: Der Bolschewikus hat den allrussischen Sowjetkongress in Moskau hat Trozkis Plan, zu einer allgemeinen militärischen Auslösung aller männlichen Personen zwischen dem 16. und 40. Jahre, sowie zur Dienstpflicht für alle Frauen überzugehen, angenommen.

Von Stadt und Land.

Aue, 8. Mai.

Stadtverordnetenversammlung zu Aue am 2. Mai 1918.

Anwesend sind Bürgermeister Hofmann, die Stadträte Schubert, Fleischschmidt, Fischer und Kommerzienrat Hiltmann, sowie 13 Stadtverordnete. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Vizevorsteher Hür den anwesenden, aus dem Felde entlassenen Stadtr. Hölzel mit einem herzlichen Glückwunsch. Er wolle es als gutes Zeichen dafür ansehen, daß alle aus dem Felde so gesund heimkehren wie Herr Hölzel.

Eingabe des Vereins der Ingenieure und Architekten. Vizevorsteher Hür berichtete dann über die an die Stadtverordneten gelangte bekannte Eingabe des Vereins deutscher Ingenieure und Architekten an die Sächsischen Ständekammern, in welcher diese fordern, daß mit dem bisherigen Vorurteil zu Gunsten der Juristen bei Besetzung der Ämter in den städtischen Verwaltungen gebrochen werde im Interesse der für deren Berücksichtigung der Techniker. Der Verein bittet die Stadtverordneten um Unterstützung der Eingabe. Vizevorsteher Hür besprach die Eingabe sympathisch, meinte aber, daß sie für Aue augenblicklich ohne praktische Bedeutung sei.

Stadtr. Selbmann führte das Beispiel von Penzig an, wo ein Wuthalter als befohdeter (nicht juristischer) Stadtrat gewählt worden sei. Es sei dies ein Zeichen eines neuen Kurzes, der vielleicht einmal auch in Aue seinen Einzug halten werde.

Bürgermeister Hofmann teilte mit, daß die gleiche Eingabe auch an den Rat gegangen sei. Obwohl er selbst Jurist sei, halte er doch eine Ueberspannung des juristischen Empfindens zuweilen für schädlich — es wolle ihn aber bedanken, als sei die Eingabe der Techniker gleichermaßen unter einer solchen Ueberspannung. Die Techniker müßten das Kind mit dem Bade ausschütten und wollen gleich alle Stellen in der Verwaltung mit Technikern besetzen. In dessen habe die Eingabe für Aue augenblicklich keine praktische Bedeutung wegen der Vorkämpfer des hiesigen Ortsstatuts.

Sparrassenrechnungen.

Wie Vizevorsteher Hür berichtete, sind die Sparrassenrechnungen für 1915/18 von den Rechnungsprüfern geprüft und richtig gesprochen worden. Kollegium nahm davon Kenntnis. Vizevorsteher Hür äußerte daran den Wunsch, daß den Stadtverordneten künftig kurze Uebersichten aus den Rechnungen zu informatorischen Zwecken vorgelegt werden möchten.

Gebühren eines Ausgabepostens des Stadthaushaltes.

Wie Vizevorsteher Hür berichtete, hatte Ueberschuldungsprofessor Witzinger die Bewilligung der Werkkosten für die Reparatur einer Schreibmaschine beantragt, für die ihm eine städtische bewilligte Summe von 100 Mk. zur Verfügung stand. Die Reparaturkosten betragen aber 108 Mk. Der Rat

Beschloß die Bewilligung und hat die Stadtverordneten um Zustimmung.

Stadtr. Gerlach hat, die Stadtverordneten einstimmig nicht mit beratenden Kleinigkeiten zu befragen. Er müsse das in der Öffentlichkeit eigenmächtig behaupten. Bürgermeister Hofmann stimmte dem zu und meinte, daß dadurch Abhilfe geschaffen werden könnte, wenn dem Rat für die Kriegszeit das Recht zur selbstständigen Bewilligung von Ausgaben in Höhe bis zu 100 oder 150 Mark gewährt werden würde.

Die Reparaturkosten werden dann nach dem Antrage des Vizevorstehers Hür und einer Anragung des Stadtr. Rohner als Posten 5 Titel 19 des Stadthaushaltes bewilligt.

Ein Ausschuß für Uebergangswirtschaft.

Vizevorsteher Hür verlas sodann eine Denkschrift des Bürgermeisters Hofmann über die Notwendigkeit der Errichtung eines städtischen Ausschusses für Uebergangswirtschaft in Aue, in der der Aufgabekreis eines solchen im Einzelnen umschrieben ist. Der Ausschuß soll die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens in Aue nach dem Kriege vorbereiten. Er soll aus zwei Mitgliedern des Rates und drei Stadtverordneten, sowie einer Anzahl Personen aus allen Berufsständen bestehen und soll das Recht der Jurwahl haben. Der Rat ist den Ausführungen der Denkschrift beigetreten und hat Bürgermeister Hofmann und Stadtrat Hiltmann in den Ausschuß gewählt.

Stadtr. Gerlach sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Vorlage den Stadtverordneten nicht vorher als Drucksache zugegangen sei. So stehe man ihr jetzt als etwas ganz Neuem gegenüber. Jedenfalls vermittele er in der Vorlage die Berücksichtigung des Konsumvereins als eines maßgebenden Faktors im Kleinhandel. Der Ausschuß werde sehr viel Arbeit bekommen. Zu seinem Aufgabekreis werde wohl auch die Beschaffung von Möbeln für Kriegsteilnehmer gehören. Er stehe der Vorlage sympathisch gegenüber.

Vizevorsteher Hür Bürgermeister Hofmann habe lediglich in großen Umrissen die Richtung angeben wollen — der Ausschuß werde so sein wie viele andere ähnliche Ausschüsse, die während des Krieges gebildet würden.

Stadtr. Haupe hat, die Zahl der Stadtverordneten in dem Ausschuß zu erhöhen. Die drei Stadtverordneten würden zur Bewältigung seiner Aufgaben nicht hinreichen. Redner sprach auch die Befürchtung aus, daß der Ausschuß eine zu große Bewilligungsfreiheit in finanzieller Beziehung haben werde.

Vizevorsteher Hür wies demgegenüber darauf hin, daß die Entscheidung über Finanzfragen den städtischen Körperschaften verbleibe.

Stadtr. Rohner wünschte die Wahl von fünf Stadtverordneten in den Ausschuß.

Bürgermeister Hofmann erklärte, die Aufgaben, die der Ausschuß zu erfüllen habe, seien dringliche. Man könne nicht davon überrascht sein, denn im Reich habe man längst zur Uebergangswirtschaft Stellung genommen. Die Fragen, die das Reich dabei bewegen, können uns hier nur in ihren Ausstrahlungen betreffen — für uns hier handle es sich um rein örtliche Angelegenheiten. So sehr die Ausführungen der Stadtr. Gerlach, Haupe und Rohner berechtigt seien, so sei er doch der Ansicht, daß desto mehr praktische Arbeit geleistet wird, je kleiner der Ausschuß ist. Was den Kleinhandel betrifft, so sei seine Lage eine andere wie die des Konsumvereins, der trotz aller Mängel bisher gut durch den Krieg gekommen sei. Deshalb sei er in der Vorlage nicht berücksichtigt worden, gegen seine Vertretung im Ausschuß habe er aber nichts einzuwenden. Er habe aber auch nichts dagegen, wenn die Stadtverordneten noch Zeit zur Beurteilung der Vorlage haben wollen. Der Ausschuß solle keine besondere Autorität bilden, sondern einen Charakter haben etwa wie der Kriegsfürsorgeausschuß u. s. w. Was die finanziellen Befugnisse des Uebergangsausschusses betrifft, so bitte er, sich diesbezüglich keinen so großen Bedenken hinzugeben, da die Beschlüsse des Ausschusses der Bewilligung durch die städtischen Körperschaften unterliegen. Nachdem Redner seine Ansichten über die Mitarbeit des Ausschusses bei Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Existenzen entwickelt und dargelegt hatte, daß letzten Endes die Maßnahmen des Ausschusses in ihren Auswirkungen doch wieder durch die städtischen Körperschaften reguliert werden, erklärte er, gegen die Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten im Ausschusse keine Bedenken zu haben.

Stadtr. Hölzel erklärte, die Vorlage komme überraschend. Das Grüßte, was wir den heimkehrenden Kriegern bieten könnten, wäre die Beseitigung des Klassenwahlrechtes. Der Ausschuß werde, auch in der Wohnungsfrage, so viel zu tun bekommen, daß zahlreiche Unterausschüsse gebildet werden müssen, so daß man heute nicht über die Zahl der für ihn zu wählenden Stadtverordneten schlüssig werden könne.

Vizevorsteher Hür zog aus der bisherigen Erörterung den Schluß, daß das Kollegium grundsätzlich mit der Bildung des Ausschusses einverstanden sei. Die Abstimmung ergab die einstimmige grundsätzliche Zustimmung. Als weilers Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Rohner, 5 Stadtverordnete (aus jeder Berufsgruppe nach dem Stadtverordnetenwahlstatut) in den Ausschuß zu wählen.

Es wurden gewählt: Aus Gruppe A (Arbeiter) Stadtr. Gerlach, Gruppe B (Beamte) Stadtverordnete-Vizevorsteher Hür, Gruppe C (Gewerbe) Stadtr. Hedere, Gruppe D (Handel) Stadtr. Bauermann, Gruppe E (die übrigen und freien Berufe) Stadtr. Hölzel. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an.

(Es sei standpunkte nie oben er... über die... gegeben... Stadtr... wird dabur... lagen von g... meisten groß... Wenn Ber... vorge... abern, daß... Manuskript... in der Dr... eringfügig... Es wä... der red... meisters... öffentlich... mit des S... gehzungen... fen. So w... immer h... bei allen g... zum Zweck... beschreien... Wir m... mentlich w... sein würde... vorordneten... verlegen. A... dem mit ein... Viertel), f... Blodenzelch... Vorlagen a... Aussprache... Eitzung bis... aber, besond... leicht zu ein... beichwört o... scheidung w... ben sollte... Stunde ver... besondere E... Erhöhung... Eine sel... an den I... von der H... des Städti... Die hiesige... liegenden... Schulgeldd... befreizte... daß sie mi... 3000 Mark... ferium d... behilse weg... leht und... daß sie zu... Stadtr. Aue... Stadtr... ausschusses... Vizevorsteher... der Vorlage... Handelschul... rungsszulage... Hellung ein... wendig war... Hellung de... schaffen, feh... Stadtr... willigung d... schule, die... übergehen... billig. Er r... Zusuffes f... Weise verfat... Stadtr... legensreich... tegung des... Bürger... der Handels... Man habe n... hinaus zu se... er wolle de... Krieges der... schuß zu erh... anfehen, wer... in städtische... lung werde... beschule u... gänge u... wendebefug... schultinspektor... richteten i... in Aue einer... aus ihrer ste... Uebernahme... werde man i... handlungen... hatten geh... Kurbach... den Kosten d... erst in städt... meße in gle... frage der U... Besti heute... von selbst da... Vizevorst... willigen, wer... detschule ab

Wir sind uns gefasst, uns an dieser Stelle vom Standpunkte der Presse dem vom Stadtv. Gerlach, wie oben erwähnt, ausgesprochenen Bedauern darüber, daß über die Vorlage vorher keine Drucksachen ausgegeben wurden, anzuschließen. Nicht nur die Arbeit der Stadtverordneten, sondern auch die der Presse wird dadurch außerordentlich erleichtert, daß ihr Votum von grundsätzlicher und weittragender Bedeutung vorher zugänglich gemacht werden. So wird es in den meisten größeren Gemeinwesen Deutschlands gehandhabt. Wenn Personalmangel in der städtischen Verwaltung vorgeschützt werden sollte, so wäre darauf zu erwägen, daß z. B. im vorliegenden Falle einfach das Manuskript der Vorlage des Herrn Bürgermeisters nur an die Druckerei gegeben zu werden brauchte, um dort in beliebiger Anzahl vervielfältigt zu werden. Die geringfügigen Kosten kommen dabei wohl nicht in Frage. Es wäre der Presse dann auch möglich gewesen, die recht bemerkenswerten Vorlage des Herrn Bürgermeisters größere, besonders bedeutsame Abschnitte zu veröffentlichen. Bei der notorisch schlechten Akustik des Stadtverordnetensalles ist die Presse leider gezwungen, sich auf notdürftige Auszüge zu beschränken. So war es diesmal, so war es oft und so wird es immer sein, solange der Rat sich nicht entschließt, bei allen größeren Vorlagen den Weg der Zrudlegung zum Zwecke der vorherigen Information der Presse zu beschreiten.

Wir möchten ferner zu erwägen geben, ob es, namentlich während der Sommermonate, nicht angängiger wäre, den Beginn der Sitzungen der Stadtverordneten von 6 auf 5 oder gar auf 4 Uhr zu verlegen. Die Sitzungen beginnen nicht pünktlich, sondern mit einer starken Ueberschreitung des „akademischen Stierfels“, so daß es oft 1/2 Uhr wird, ehe das Glockenzeichen des Vorsitzenden ertönt. Stehen dann Vorlagen auf der Tagesordnung, die eine eingehende Aussprache nach sich ziehen, so dauert die öffentliche Sitzung bis in den späten Abend hinein. Das führt aber, besonders bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen, leicht zu einer Ermüdung der Stadtverordneten und beschwört ohne weiteres die Gefahr der Durchpeitschung wichtiger Vorlagen herauf. Aus diesen Gründen sollte man den Sitzungsbeginn auf eine frühere Stunde verlegen, was sich unserer Meinung nach ohne besondere Schwierigkeiten machen ließe. (D. Red.)

Erhöhung des Zuschusses für die Handelsschule.

Eine sehr umfangreiche Aussprache knüpfte sich dann an den letzten Punkt der Tagesordnung betreffend die von der Handelsschule in Aue erbetene Erhöhung des städtischen Zuschusses von 3000 auf 5000 M. Die hiesige Handelsschule befindet sich trotz ihrer stetig steigenden Schülerzahl und trotz der Erhöhung der Schulgebühren infolge der Erhöhung der Gehälter der Lehrkräfte finanziell nicht in der günstigsten Lage, so daß sie mit dem bisherigen städtischen Zuschuß von 3000 Mark nicht auszukommen vermag. Das Ministerium des Innern hat grundsätzlich die erbetene Beihilfe wegen Mangels an genügenden Fonds abgelehnt und hat die Schule schließlich darauf hingewiesen, daß sie zu einer Beihilfe bereit sein würde, wenn die Stadt Aue ihrerseits den Zuschuß erhöhen wird.

Stadtv. Gerlach als Mitglied des Handelsschulausschusses empfahl im Anschluß an den Bericht des Vizevorstehers Bär mit warmen Worten die Annahme der Vorlage. Er schilderte die finanzielle Lage der Handelsschule, deren Mehrausgaben infolge der Teuerungszulagen für die Lehrkräfte und infolge der Anstellung eines akademisch gebildeten Lehrers, die notwendig war, um der Schule die Berechtigung zur Ausstellung des Einjährigengewissnisses zu verschaffen, sehr gesteigert sind.

Stadtv. Lederer erlieferte an die Vorgänge bei Bewilligung des erhöhten Zuschusses für die Gewerbeschule, die nur unter der Bedingung erfolgt war, daß die Gewerbeschule ab Ostern 1918 in städtischen Besitz übergehen würde. Was dem Einen recht, sei dem Anderen billig. Er werde für die Bewilligung der Erhöhung des Zuschusses stimmen, wenn mit der Handelsschule in gleicher Weise verfahren wird.

Stadtv. Haufe stimmte im Interesse der weiteren lehrreichen Entwicklung der beiden Schulen der Anregung des Stadtv. Lederer zu.

Bürgermeister Hofmann erklärte, die Zuschußfrage der Handelsschule sei nicht neu. Schon 1918 sei man an die Stadt mit der Bitte um Erhöhung herangetreten. Man habe nun versucht, die Sache so lange als möglich hinaus zu schieben. Der Staat wolle nicht mitmachen, er wolle der Stadt den Vortritt lassen. Während des Krieges war die Stadt aber nicht in der Lage, den Zuschuß zu erhöhen. Er würde es für unerwünscht ansehen, wenn jetzt ein Antrag auf Uebernahme der Schule in städtischen Besitz gestellt werden würde. Die Entwicklung werde von selbst dazu führen. Die Gewerbeschule und die Handelsschule haben bisher eine glänzende Entwicklung zu verzeichnen. Die Gewerbeschule in Aue sei, wie ihm kürzlich der Gewerbeschulinspektor Böhmisch versicherte, eine der besteingetragenen im Lande. Ebenso habe die Handelsschule in Aue einen erfreulichen Aufschwung genommen, was aus ihrer steigenden Schülerzahl hervorgehe. Wegen der Uebernahme der Gewerbeschule in städtischen Besitz werde man demnächst mit dem Gewerbeverein die Verhandlungen eröffnen, aber das werde nicht so rasch von statten gehen. Redner verwies auf das Beispiel von Kuerbach i. W., wo die Interessenten gleichmäßig zu den Kosten der Handelsschule beitragen. Sei die Schule erst in städtischem Besitz, so würden diese Beiträge nicht mehr in gleichem Maße geleistet werden. Er bitte, die Frage der Uebernahme der Handelsschule in städtischen Besitz heute auszusprechen. — Die Entwicklung werde von selbst dazu führen.

Vizevorsteher Bär beantragte, die Vorlage nur zu bewilligen, wenn gleichzeitig ausgesprochen wird, daß die Handelsschule ab 1. Januar 1919 in städtischen Besitz übergeht.

Man werde durch einen solchen Beschluß gleichzeitig die weiteren Zuschüsse der Regierung sicherstellen.

Stadtv. Rohner sprach sich gegen den Antrag aus, da die Verhältnisse bei der Handelsschule anders liegen wie bei der Gewerbeschule.

Vizevorsteher Bär erwiderte, die Parallele sei dadurch gegeben, daß die Gewerbeschule auch nicht von selbst um ihre Verstaatlichung gebeten habe. Ebenso sei es bei der Handelsschule und deshalb habe er mit seinem Antrag die Konsequenz gezogen.

Stadtv. Kühnel bat, die Bewilligung des erhöhten Zuschusses ohne die Bedingung der Verstaatlichung vorzunehmen. Bürgermeister Hofmann machte nochmals eingehend die Bedenken gegen den Antrag Bär geltend. Eine Aufstockung der Verstaatlichung würde nur unangenehm empfunden werden.

Stadtv. Selbmann erklärte, daß man den unglückseligen Beschluß hinsichtlich der Gewerbeschule nicht wiederholen dürfe, ein Beschluß, der, wie man sehe, gar nicht ausgeführt werden könne. Der Beschluß habe in den Kreisen des Gewerbevereins große Entrüstung erregt, ohne daß man wisse, warum. Die Verstaatlichung der Handelsschule werde von selber kommen.

Stadtv. Lederer wandte sich gegen diese Erklärung. Im Gewerbeverein sei man nur darüber erregt gewesen, daß die Verstaatlichung über den Kopf des Vereins hinweg beschlossen worden sei, ohne daß der Verein vorher darüber befragt worden wäre. Der Verein habe beabsichtigt, anlässlich seines 50jährigen Jubiläums im nächsten Jahre die Gewerbeschule der Stadt zu übergeben. Da habe der Beschluß der Stadtverordneten mit rauher Hand hineingegriffen. Er bleibe dabei, daß aus Gründen der Gerechtigkeit mit der Handelsschule ebenso verfahren werden müsse.

Vizevorsteher Bär stellte fest, daß die Gewerbeschule tatsächlich einen Zuschuß von 4400 Mark erhalte.

Stadtv. Baumann legte dar, daß in Konsequenz des Antrages betreffend die Handelsschule auch die Klempererschule von der Stadt übernommen werden müßte. Er bitte, von der Bedingung bei der Handelsschule abzugeben.

Stadtv. Haufe bat nochmals um Annahme des Ratsbeschlusses.

Stadtv. Mehlhorn erklärte gegenüber dem Stadtv. Selbmann, daß die Entrüstung in den Kreisen des Gewerbevereins nicht wegen der Verstaatlichung der Schule, sondern wegen der Entziehung der Mittel für die Schule entstanden sei.

Stadtrat K. R. Gilmann erklärte, daß die Erregung im Gewerbeverein dadurch entstanden sei, daß der Verein in Sachen der Veräußerung erhalte, wonach die Gewerbeschule 1918 übernommen werden würde. Er bitte, bei der Handelsschule die Bedingung der Uebernahme auszuhalten und der Gewerbeschule die Mittel wieder zu gewähren.

Vizevorsteher Bär erwiderte, daß eine Rückgängigmachung der Beschlüsse betreffend die Gewerbeschule nicht angängig sei.

Nach weiterer kurzer Aussprache wurde die Ratsvorlage über die Handelsschule mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen.

Stadtv. Gerlach erklärte, daß nunmehr eine Ummodulierung des Beschlusses betreffend die Gewerbeschule notwendig sein werde.

Vizevorsteher Bär erwiderte, daß nächsten eine Vorlage darüber kommen solle.

Stadtv. Rohner gab der Beunruhigung der Bevölkerung über die Metallbeschlagnahme in den Haushaltungen Ausdruck und bat den Rat, dafür einzutreten, daß rechtzeitig Ersatz für die beschlagnahmten Gegenstände geliefert werde.

Damit war die öffentliche Sitzung beendet. Es folgte eine geheime Sitzung.

Kriegsauszeichnungen.

Der Soldat Alfred Weise, von hier, Str. 9, ist mit der Friedrich-August-Medaille ausgezeichnet worden. Er ist bereits im Besitz des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse. — Der Sergeant Max Seifert, Schwarzenbergerstr. 87, erhielt das Eisene Kreuz zweiter Klasse. Er ist bereits im Besitz der Friedrich-August-Medaille. — Der Wandstürmann Max Friedrich von hier, Wettinerstr. 21, erhielt das Eisene Kreuz zweiter Klasse. — Dem Soldat Ernst Stopp, Sohn des Vorarbeiters Otto Stopp hier, Auerhammerstr. 41, wurde die Friedrich-August-Medaille verliehen. Er ist bereits im Besitz des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse. — Der Gefreite Ernst Carl Solbrig hier, Karolstr. 9, erhielt das Eisene Kreuz zweiter Klasse. Er ist bereits im Besitz der Friedrich-August-Medaille und des Reichsdeutscher-Lilienkreuzes mit Schwertern. — Dem Gefreiten und Offiziers-Aspirant Georg Schürer, Sohn des Küchenermeisters August Sch. hier, wurde zum Eisernen Kreuz die Friedrich-August-Medaille verliehen. — Der Soldat Walter Marz, am Bahnhof 8, erhielt zum Eisernen Kreuz die Friedrich-August-Medaille in Bronze.

Lebensmittel am Sonnabend: Fleisch und Butter.

1. **Goldene Hochzeit.** Das Fest der Goldenen Hochzeit kann heute das noch rüstige Ehepaar, Privatmann Louis Karl Hausch mit seiner Ehefrau Kristiane Rosine geborene Wiegand hier, Wilsandstraße 3 wohnhaft, begehen. Die kirchliche Einsegnung nahm Herr Faktor Kunde heute in der Behausung des Jubelpaares vor. Herr Hausch ist im 79. und seine Frau im 75. Lebensjahre. Der Jubilar ist Ehrenmitglied des Militärvereins I in Aue.

Wahlfeier der Arbeitervereine. Die zu Zwecken der Arbeitervereine in der Stadt Aue verwendeten Hogen müssen von den Arbeitgebern die spätestens morgen Sonnabend den 4. Mai bei der Meldung von Strafe auf der Ratstafel eingeleistet werden, wozuf hierdurch besonders hingewiesen sei.

Kaffee Nacht. Im Kaffee Nacht wird am Sonntag, den 5. Mai nachmittags und abends und am Montag, den 6. Mai nachmittags und abends der treffliche Baritonist und Humorist von Lust auftreten, der sich eines vorzüglichen Rufes erfreut. Aufzu-

dem sind Konzerte der Hauskapelle Grobe mit besonderem Programm vorgesehen. Näheres siehe Anzeige in heutiger Nummer.

Von der Städtischen Landwirthschaft. Die Prämie der 172. Königl. Sächsischen Landeslotterie, 800 000 Mark, fiel mit dem 150 000 Mk.-Gewinn auf die Nr. 65 018.

Zur Metallbeschlagnahme. In der Sächsischen Ersten Kammer verlies am Mittwoch Oberbürgermeister Wähler auf die neueste Verordnung betr. die Metallbeschlagnahme in den Haushaltungen und Haushaltungen, durch die überall große Unruhe geschaffen worden sei. Er sei notwendig, hier möglichst maßvoll vorzugehen und die Ausführung der Verordnung in Anbetracht der großen Deute im Westen an Metall usw. noch aufzuschieben. Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Dehne erwiderte, daß demartige Verordnungen von den militärischen Stellen ausgingen. Die Stillverwaltung sei nur mit der Durchführung beauftragt worden, und hierüber seien keinerlei Klagen eingegangen. Im übrigen dürfe man annehmen, daß die militärischen Stellen sich über die Notwendigkeit dieser Maßnahmen klar gewesen seien. Wegen eines Aufschubes der Durchführung der Verordnung werde die Regierung nochmals bei der Militärbehörde vorstellig werden. — Auch der Stadtv. Rohner hat in der gestrigen Sitzung des Auer Stadtparlamentes auf die Beunruhigung der Bevölkerung durch die Verordnung hingewiesen und bat den Rat gebeten, sich für eine Milderung der Verordnung einzusetzen.

Die Sammlung getragener Anzüge. Die durch die Presse verbreitete Nachricht, daß die Reichsbekleidungsstelle die Sammlung von einer Million getragener Anzüge für Arbeiter in kriegswichtigen Betrieben auf unbestimmte Zeit verschoben habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die ihnen auferlegten Mengen von getragenen Anzügen unterzählig zu beschaffen.

Verordnung über die Kirchensteuern 1918. Vom sächsischen Ministerium des Innern wird angeordnet: Die Verwendung von Kirchen zum Bahn- oder Schiff, auch als Epprehgut und Passagiergut, zu dem auch Traglasten zu rechnen sind, ist nur zulässig auf Grund eines vom Kommunalverband des Verwendungsortes oder der von ihm bestimmten Stelle ausgefertigten Besandscheines. Der Reisende hat ihn während der Fahrt bei sich zu führen und ihn auf Verlangen den Polizeibeamten vorzuzeigen. Die Kommunalverbände werden ermächtigt, die Erstellung des Besandscheines zu versagen, sofern Interessen der Volkswirtschaft entgegenstehen oder der Verdacht der Ueberschreitung der Höchstpreise oder eines sonstigen Verstoßes gegen behördliche oder gesetzliche Vorschriften begründet erscheint. Die Kommunalverbände sind befugt, zur Versorgung der Bevölkerung mit Kirchen 1. mit Genehmigung der Landesstelle für Gemüße und Obst Vorschriften über den einseitigen Absatz in ihrem Bezirk erzeugten Kirchen zu erlassen, insbesondere auch die Zulässigkeit der Beförderung von Kirchen außerhalb des Bahn- und Schiffsverkehrs an das Erfordernis einer Besandscheinigung (Besandscheines) zu binden; 2. in die Rechte aus Pacht- und Lieferungsverträgen jeder Art über die in ihrem Bezirk erzeugten Kirchen einzutreten. Alle Verträge von Kirchen oder Kirchbäumen haben dem Kommunalverband oder dessen Beauftragten wahrheitsgemäße Auskunft über die Bestände an tragfähigen Kirchbäumen oder Kirchen (auch nach Gewicht, Art und Lagerort) sowie über die Pacht- oder Lieferungsverträge zu geben. Die Beauftragten sind befugt, sowohl zur Schätzung der Kirchsterne wie auch zur Feststellung, ob und welche Borkste bei den Bäumen an Kirchen vorhanden sind, die Grundstücke oder Räume, in denen Kirchen benutzt werden, zu besichtigen. Der Verkauf der Kirchen durch den Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher an der Obstpflanzung ist verboten. Die Kommunalverbände sind jedoch befugt, diesen Verkauf an Ortseingewessene gegen Sperren zu gestatten.

Schwarzenberg, 2. Mai. Am 1. Mai fand eine Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg statt. Die Tagesordnung umfaßte 19 Gegenstände. Genehmigung fanden die Gemeindesteuerordnungen für Gröna, Grünhain und Steinheide, das Ortsgesetz über die Errichtung einer Freibank in Bermesgrün, zwei Grundstücksabtrennungen in Neuheide und Schönheide, die Uebertragung der Erlaubnis zum Gastwirtschaftsbetriebe im Gasthofe zu Breitenhof auf den jetzigen Pächter und zum Weinhandelsbetrieb im Hause Nr. 28b zu Hundshübel auf den jetzigen Eigentümer. Der Jahresbeitrag für den Verein zur Fürsorge für bildungsfähige Krüppel in Jwidau wurde um 100 M. erhöht. Von der beabsichtigten Gründung eines Landesauschusses zur Förderung deutscher Theaterkultur wurde Kenntnis genommen, auch wurden einige Bewohner des Bezirks als Mitglieder dieses Ausschusses in Vorschlag gebracht. Den Besuchen des Stadtrats zu Eibenstock und des Stadtgemeinderats zu Johannegeorgenstadt um Besichtigung der Stationen um Herstellung einer Eisenbahnverbindung von Reichenbach über Eibenstock nach Johannegeorgenstadt soll entsprochen werden, es wurde insbesondere anerkannt, daß für den industriellen Eibenstocker Bezirk der unmittelbare Anschluß an die in Reichenbach zusammenlaufenden Schmalspurlinien dringend nötig ist. Auch die Petitionen um Herstellung einer Eisenbahnverbindung von Schneeburg nach Kuesbach sollen befristet werden.

Schneeberg, 2. Mai. Der „Stoll. Anz.“ schreibt: Dem Vernehmen nach soll die Strafanklage gegen den 28. Mai aufgehoben, es sollen die dazugehörigen noch befindlichen Gefangenen nach Jwidau überführt werden. Sollte das

Verlicht zur Tatsache werden, so würde Stolberg und Umgebung einen schweren Schaden erleiden, da dann keine Hilfsarbeiter für die Landwirtschaft zur Verfügung ständen. Auch würde ein starker Ausfall in Nahrungsmitteln entstehen, die bisher aus den Erträgen der Anstalt der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt worden sind.

Chemnitz, 2. Mai. Ein Selbstmordtod. Diebstahl in der Person des 24-jährigen Postausstellers Eribus Emil Härtwig aus Bengelsdorf auf der Anlagendamm. Er stahl in der Zeit von Ende Dezember 1917 bis 18. März 1918 von Postschlebefahrern, die auf den Bahnsteigen im Hauptbahnhof Chemnitz standen, fortgesetzte Pakete, die der Post zur Beförderung an Kriegsgesangene übergeben worden waren und Lebensmittel, Seife und Kleidungsstücke enthielten. Am 18. März allein signierte er sich fünf solcher Pakete an. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis.

Dresden, 2. Mai. Am 1. Mai wurden auf der Fahrt von Berlin nach Dresden in dem um 1 Uhr 8 Min. nachmittags Berlin verlassenden D-Zug Nr. 2000 ein Wert von 50 000 Mark gestohlen. Vielleicht ist der Dieb bereits in Berlin vor Abgang des Zuges wieder ausgeflogen, wahrscheinlich aber bis Dresden mitgefahren. — Wie die „Germania“ hört, hat der Abgeordnete Erzberger wegen einer von dem Grafen Schönburg-Wesselsburg gelegentlich der Hauptversammlung des Zentrum-Verbands für Sachsen gehaltenen beleidigenden Rede die gerichtliche Klage eingereicht. (Wir haben die Neuierungen des Grafen wiedergegeben.)

Neues aus aller Welt.

Kriegsopfer. Wie schwer manche Familie durch den Krieg getroffen wird, geht aus folgendem hervor: Ein Hausbesitzer in Tanna bei Gera hatte sechs Söhne im Felde. Innerhalb eines Jahres erlitten vier den Tod auf dem Schlachtfelde. In der Schlacht an der Somme fiel jetzt der fünfte Sohn. Die Mutter bereitete man schon auf die eingegangene Todesnachricht vor. Als ihr aber die Wahrheit klar wurde, starb sie. Nun richtete der Vater ein Gesuch an die maßgebende Stelle, den letzten und jüngsten Sohn ihm zu lassen. Das Gesuch aber wurde mit der Nachricht, daß auch der letzte Sohn an der Wunde gefallen ist.

Die Gattin Garibaldis. In Como (Italien) starb hochbetagte die Marchesa Raimondi, die im Jahre 1860 einige Stunden lang die Gattin des alten Garibaldi war. Die Ehe wurde gleich darauf unter dramatischen Umständen geschieden.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Kiesenklacht im Westen. Berlin, 2. Mai. Am 1. Mai steigerte sich von Mittag ab gegen die Front nördlich Dorf Kemmel bis westlich Dranover die feindliche Artillerietätigkeit erheblich. Erkante Truppenbewegungen wurden unter wirksamster deutscher Vernichtungsfeuer genommen. Die deutsche Führung hat die Initiative und die operative Armfreiheit, ihr kann es gleichgültig sein, ob die eigene Linie einige Hundert oder Tausend Meter weiter rückwärts verläuft. Dagegen müssen die Engländer und Franzosen bei jedem deutschen Vorstoß fürchten, die in feberhafter Arbeit neu geschaffenen Stellungen wieder zu verlieren. Ihre Operationsarmee, die zum einheitlichen,

gewaltigen Gegenstoß bestimmt war, muß im lokalen Kampf sowohl in Flandern wie vor Amiens, an der Aisne und an der Oise divisions- und bataillionsweise verausgabt werden und verbluten. Damit ist schon jetzt die Feststellung der Haupttreitkräfte der feindlichen Heere an einer von der deutschen Führung gewollten Front erreicht.

Falsche Gerüchte.

Amst. Berlin, 2. Mai. Umlaufende Gerüchte, daß bei unseren letzten Operationen im Westen eine große Anzahl unserer Soldaten ertrinkend den Tod gefunden haben, entbehren, wie uns von maßgebender Stelle erklärt worden ist, jeder Grundlage.

Englische Erkenntnis.

Bern, 2. Mai. Garbner schreibt in der Daily News zur Kriegslage: Der Feind hat einen Erfolg erzielt, an dem vor 2 Monaten hier niemand im Traum gedacht hätte. Wir hielten die britische Front für unüberwindbar. Sie wäre es vermutlich, wenn die Politik Robertsons (Robertson ist der von Lloyd George zum Rücktritt gezwungene frühere Chef des Generalstabs des D. Reb.) sich durchgesetzt hätte. Die Niederlage der 5. Armee brachte den Feind in Schußweite von Amiens, die Niederlage der Portugiesen in Schußweite von Hazebrouck und Bethune. Wir wollen uns nicht der Selbsttäuschung hingeben, daß wir planmäßig zurückgingen. Nicht im Rahmen der Strategie ging die 5. Armee in wenigen Tagen 80 Meilen zurück unter Verlust von 10 000 Gefangenen und unter Aufgeben der Höhen, die ihre Kameraden in 8 monatlicher Schlacht erlängten. Sie wurden von der Uebermacht überwältigt und mußten zurückgehen, wobei ich von der höheren Führung gar nichts sage. Auch sind die Portugiesen nicht geflohen, um den Feind in eine Falle zu locken, sondern aus vielleicht primitiveren Gründen Abgehen von dem Frontabschnitt des Domo-Rückens sind wir von den Höhen heruntergetrieben worden. Die Bahnlinie Amiens-Bethune-Hazebrouck, welche die französische Armee mit der britischen und diese wiederum mit der Rüste verbindet, ist in schwerster Gefahr. Der Feind steht auf dem Kamm, dem erst in der sein isolierten Berge, dessen Besitz eine weitere Umgestaltung der nördlichen Front zur Folge haben würde. Dabei würde das ohnehin schon eingeeengte Manöverfeld bei weiterem Geländeverlust die doppelt zurückgewandte Operation des Kampfes und Rückzuges außerordentlich erschweren.

Ungarische Cappen in Italien.

Rom, 2. Mai. (Agenzia Stefania.) Giornale d'Italia vermeldet, daß tschechische und slowakische Truppenformationen in Italien gebildet wurden, die bereits im italienischen Kampfgebiet stehen.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Bukarest, 2. Mai. Der bulgarische Finanzminister Zontschew ist gestern, der türkische Minister des Äußeren Ahmed Reffim Bey heute in Bukarest eingetroffen. In Begleitung des letzteren besand sich u. a. der kaiserliche Botschaftsrat in Konstantinopel Graf Waldburg, der ebenso wie der kaiserliche Gesandte in Sofia Graf Dornbof zur mündlichen Berichterstattung hierher berufen worden ist.

Das Parlament in Oesterreich.

Wien, 2. Mai. Die Wälder meiden: Auf Wunsch des Ministerpräsidenten von Seidler berief der Präsident des Abgeordnetenhauses telegraphisch für morgen sämtliche Odbanner und Parteien des Abgeordnetenhauses zu einer Konferenz, in welcher der Ministerpräsident den Parteiführern Aufschlüsse über die politische Lage erteilen wird. Wie verlautet bezweckt die Odbannerton-

ferenz in erster Reihe die Sicherstellung des ordnungsmäßigen Verlaufes der bevorstehenden Parlamentstagung. Im Zusammenhang damit wird sich die Konferenz auch mit der Frage zu beschäftigen haben, ob am 7. Mai, dem Termin der Einberufung des Abgeordnetenhauses, angefangen, bis Pfingsten eine Reihe von Plenarsitzungen stattfinden sollen oder ob die Beratungen des Plenums erst nach den Pfingstferien zu beginnen hätten.

Amerikas Millionenheer.

Washington, 1. Mai. (Reuter.) Der Staatssekretär für den Krieg Baker wird wahrscheinlich morgen der militärischen Kommission des Repräsentantenhauses ein Verwaltungsprogramm vorlegen, in welchem eine Erhöhung der amerikanischen Armee vorgeschlagen wird, um dem deutschen Angriff zu begegnen. Die Frage der Ausrüstung, wie der Beförderung nach Europa ist heute auf einer Zusammenkunft der Mitglieder des Kriegsrates erörtert worden. Die Beamten des Kriegsdepartements erklären, daß durch die kürzlich vervollständigte Aussicht über die Schiffsahrt und die Vorbereitungen es möglich wäre, wenigstens drei Millionen Mann in diesem Jahre aufzubringen.

(Aufgebracht können drei Millionen Mann werden, sie nach Europa zu bringen, ist aber eine andere Sache! D. Reb.)

Amtliche Bekanntmachung.

Aue. Bindegarn.

Dem Bezirksverband Schwarzenberg ist Bindegarn zum Kauf angeboten worden. Der Preis stellt sich voraussichtlich auf 11 Mark für das Alko ausschließlich Fracht und sonstige Spesen.

Bestellungen sind bis 8. Mai dieses Jahres in unfer. Polizeifanzlei — Zimmer 18 — anzubringen.

Aue, (Erzgeb.), 1. Mai 1918.

Der Stadtrat, Polizeibehörde.

Kirchennachrichten.

St. Nicolai.

Sonntag, den 5. Mai. Kollekte für Auerer Mission. Vorm. 8 Uhr Weichte und Abendmahlsfeier: Pastor Dertel. Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt: Pfarrer Lehmler. Vorm. 11 Uhr Abendgottesdienst der jüngeren Abteilung: Pfarrer Lehmler. Vorm. 1/2 12 Uhr Taufstammengottesdienst im Pfarrhaussaal. Nachm. 1/2 2 Uhr Jugendgottesdienst des 1. Bezirks: Pfarrer Lehmler. Abends 1/8 Uhr Jungfrauenverein. Abends 8 Uhr Mägdlingverein. — Donnerstag, den 9. Mai. (Himmelfahrtstag.) Vorm. 8 Uhr Weichte und Abendmahlsfeier: Pastor Runde. Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt: Pastor Dertel. Vorm. 11 Uhr Abendgottesdienst der älteren Abteilung: Pastor Dertel.

Freiwillige zu Aue.

Sonntag Rogate, 5. Mai. Kollekte für Helmsmission. 11 Uhr Abendgottesdienst. — Himmelfahrtstag, 9. Mai. Weichte. 9 Uhr: Hauptgottesdienst. Kirchchor: Der Freie sei mit euch. Wert. Lied von Franz Schubert. Abendmahlsfeier.

Katholische Kirche.

5. Mai: in Aue vorm. kein Gottesdienst. 9 Uhr hl. Messe und Predigt in Eibenstadt, Haberleite 12. — 8 Uhr Andacht in Aue. Werktag 5. hl. Messe früh 7. — Montag (6. Mai) abend 7 Uhr Gebet im „Muldental“.

Schörlau. Sonntag Rogate, 5. Mai, vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst u. Feier d. h. Abendmahls: P. Felebrich. Nachm. 1 Uhr Abendgottesdienst: P. Böhm. Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst: P. Böhm. Abends 8 Uhr christl. Unterhaltungsabend in Schmidts Gasthof. — Mittwoch, 5. Mai, nachm. 1/2 3 Uhr Taufgottesdienst: P. Felebrich. — Donnerstag, Himmelfahrtstag, Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst u. Feier d. h. Abendmahls: P. Felebrich. Abends 8 Uhr Jungfrauenverein

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. — Druck und Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H.

3 bis 4

Kontrollleurinnen

für meine Gewehrgranatenabteilung, sowie

10 Stanzer od. Stanzerinnen

sofort gesucht.

Ludwig Gukler, Beiersfeld.

Rath's Kaffeehaus

Aue i. Erzgeb. Fernsprecher 114.

Sonntag, den 3. Mai nachmittags 4 u. 8 Uhr
Montag, den 6. Mai abends 8 u. 10 Uhr

Auftreten des beliebten Gesangshumoristen

Albrecht v. Rust

Opern-Operetten-Programm und Wunschkonzert der Kapelle Grobs.

Eintritt 25 Pfg. Eintritt 25 Pfg.

Plätze können nur für Montag, den 6. Mai reserviert werden.

Freisch eingetroffen eine Ladung rote und gelbe Möhren, Kohlrüben-Sauerkraut 2 Pfd 25 Pfg., rote Rüben, Salat, Rhabarber.

L. Meizer, Bodaner Straße 1.

Zu Büro-Zwecken

4 bis 6 Zimmer, parterre oder 1. Etage, eventl. auch passender Laden mit Nebenräumen, sofort oder per 1. Juli zu mieten gesucht. Angebote mit Mietpreis werden unter A. T. 1890 an das Auer Tagblatt erb.

Stube, Küche und Kammer an ruhige Leute sofort zu vermieten. Steinstraße 18.

Morgen Sonnabend Versammlung.

Junger Herr sucht Bekanntschaft mit einem

Geigenspieler zwecks Zusammenabens. Bessere Angebote unter A. T. 1902 an das Auer Tagblatt erbeten.

Dienstmädchen. Frau Koch, Johannegeorgenstadt. Sonnabend nachmittag zu sprechen im Sanatorium Wölling, Zimmer 69.

Ehrliche, saubere **Aufwartefrau** wird für Freitags vorm. gesucht. Zu erfragen im Auer Tagblatt.

Fräulein sucht Beschäftig. als **Aushilfe im Schneidern.** Zu erfragen im Auer Tagblatt.

Junger verh. Beamter in höherer Stellung sucht gegen gute Bez. u. monatl. Rückzahlung v. Selbstgebet **100 Mark zu leihen.** Sicherheit vorhanden.

Bittige Angebote unt. A. T. 1900 an das Auer Tagblatt erbeten.

Walchpulver

(markenfrei) pro Pfund 60 Pfg. Wettinerstraße 48, am Wettinpl. Wiederverkäufer billiger!

Mehr Hasen mit Stall sowie 2 junge Hunde zu verkaufen. Herm. Scherrer, Eintr.-Papst-Straße 32, 1. Stock.

Gut erhaltener **Sportwagen** preiswert zu verkaufen. Defor, Fürberstraße 8.

Gut erhaltener **Eis- u. Liegewagen** zu verkaufen. Quaas, Weichstraße 18, part. I.

Urlauber finden während ihres Urlaubes lohnende Beschäftigung.

Ernst Hecker, Metallwarenfabrik, Aue.

Werkzeugschlosser

für Schnitt- und Stanzarbeiten sofort gesucht.

Robert Wagner, Chemnitz.

Zwirne u. Nähgarne

kaufen als Selbstverbraucher

Rudolf Lang & Co., Chemnitz, Langestraße 33.

Einen tüchtigen, in Maschinenreparaturen erfahrenen

Schlosser

sowie einen

Schnitt- u. Stanzenbauer

sucht zum sofortigen Eintritt

S. Wollé, Aue i. Sa.

Zöpfe fertig sauber und gut von dazu gegebenen Haaren unter Garantie der Bewertung

Gustav Stern

Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Wettinerstraße 48 am Wettinplatz

Ausgekämmte Frauenhaare lauft stets der Döge.